

Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: GS.GS-GA Wir kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit

1 Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit ein ganz zentraler Teil ihres Lebens. Sie stecken
2 Energie, Lebenszeit, Können und Kreativität in ihre Aufgaben. Bei guter Arbeit wissen sie
3 sich gebraucht und finden Anerkennung bei Kolleg*innen, Mitarbeiter*innen und Vorgesetzten.
4 Fast jede und jeder wünscht sich eine gute Arbeit, die finanziell absichert, erfüllt und
5 Freude macht. Auch darin, nicht nur im Lohn, liegt die große Bedeutung der Erwerbsarbeit für
6 unsere Gesellschaft. Und auch deshalb sind Arbeitslosigkeit und ungerechte Löhne großer
7 Sprengstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

8 Heute sind in Deutschland mehr Menschen erwerbstätig denn je, in den letzten Jahren sind
9 hunderttausende neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden und die
10 Erwerbslosigkeit ist relativ gering. Ein Viertel der Beschäftigten befindet sich jedoch in
11 kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit, Minijobs oder immer wieder in befristeten Jobs. Viele
12 dieser Jobs sind unsicher, schlecht bezahlt, erschweren die Lebens- und Familienplanung und
13 führen auf Dauer zu Armut im Alter. Nach wie vor sind Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt.
14 Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau an der eigenen Gesundheit und Person.

15 Das wollen wir ändern. Unsere Arbeitswelt wandelt sich sehr stark durch globalisierte
16 Unternehmen und digitalisierte Arbeitsplätze. Wir Grünen wollen diese Entwicklungen fair für
17 alle gestalten. Jede und jeder soll unter guten Bedingungen arbeiten können. Arbeitsplätze
18 müssen alters- und alternsgerecht ausgestaltet werden. Soziale Berufe, in denen vor allem
19 Frauen arbeiten, wollen wir aufwerten. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn
20 für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche
21 Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich
22 unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

23 **Gute Arbeit statt prekärer Jobs**

24 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein dorthin.
25 Doch noch viel zu oft wird er umgangen. Der Mindestlohn muss für alle regulär Angestellten
26 gelten. Außerdem brauchen wir mehr branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des
27 Mindestlohns, damit der unternehmerische Konkurrenzkampf nicht zu Lasten der Beschäftigten
28 geht.

29 Gute Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bereichen, in denen Überlastung
30 und prekäre Arbeit häufig vorkommen. Flexibilität ist gut – es muss aber auf die richtige
31 Balance mit Blick auf die soziale Absicherung und die Mitsprachemöglichkeiten der
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geachtet werden. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
33 sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte -
34 plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die Leiharbeit klar abgegrenzt
35 werden. Scheinselbständigkeit gilt es mit rechtssicheren Kriterien zu unterbinden. Ohne

36 sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können. Immer weniger Jobs sind
37 heute durch Tarifverträge abgedeckt. Das muss sich wieder ändern. Tarifverträge sollten
38 leichter allgemein verbindlich gemacht werden können und auch atypische Jobs umfassen. Wir
39 brauchen starke Betriebsräte. Wir wollen ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen und werden den

40 Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte absenken. Denn
41 Partizipation und Demokratie sind auch im Wirtschaftsleben wichtig. Das soll ebenso für
42 einen der größten Arbeitgeber im Land – die Kirchen – gelten: Auch für ihre Beschäftigten
43 wollen wir Koalitionsfreiheit und Streikrecht gewährleisten. Zudem halten wir die
44 persönlichen Loyalitätspflichten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei kirchlichen
45 Trägern außerhalb des religiösen Verkündigungsbereiches für unverhältnismäßig. Wir wollen
46 deshalb die Rechte der kirchlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und
47 Ausnahmeregelungen beschränken.

48 Minijobs scheinen eine gute Gelegenheit, etwas dazuzuverdienen. Aber sie haben zu keiner
49 Zeit das Ziel erreicht, Brücken in reguläre Beschäftigung zu bauen. Stattdessen haben sie
50 sich als berufliche Sackgasse und Armutsrisiko erwiesen, insbesondere für viele Frauen.
51 Minijobs wollen wir deshalb in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür
52 sorgen, dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander
53 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit
54 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als geringfügig
55 zu arbeiten.

56 **Gute Aus- und Weiterbildung für gute Jobs**

57 Wir Grünen wollen alle Menschen in die Zukunft der Arbeit mitnehmen. Die berufliche Aus- und
58 Weiterbildung ist dafür ganz zentral. Jungen Menschen geben wir eine Ausbildungsgarantie.
59 Wer keine Lehrstelle in einem Betrieb findet, bekommt ein Angebot für eine überbetriebliche
60 Ausbildung, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führt. Weiterbildung wird immer
61 wichtiger – auch, weil die Menschen immer älter werden und länger arbeiten. Mit der
62 BildungsZeit Plus, einem Mix aus Darlehen und Zuschuss, können wir Erwachsene, die sich
63 weiterbilden wollen, unterstützen. Damit es gar nicht erst zu Arbeitslosigkeit kommt, wollen
64 wir die Arbeitslosenversicherung zur grünen Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die für
65 alle Beschäftigten und Selbständigen da ist. Sie wird – anders als bisher – nicht erst im
66 "Versicherungsfall Arbeitslosigkeit" tätig, sondern unterstützt vorbeugend mit
67 Weiterbildungen und Qualifizierungen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Sie ist damit ein
68 wirksames Instrument, um Menschen in Zeiten von technologischen Umbrüchen Sicherheit zu
69 gewähren und neue Perspektiven zu eröffnen. Sie bietet soziale Sicherheit bei
70 Arbeitslosigkeit und hilft beim erfolgreichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt.

71 Erwerbslose Menschen sollen in gut ausgestatteten Jobcentern und Agenturen passgenau
betreut
72 werden, um sie dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Auch Menschen mit Behinderungen oder
73 geflüchtete Menschen brauchen genau auf sie zugeschnittene Angebote. Dazu gehören vor
allem
74 Qualifizierungen, Sprachförderung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse.

75 **Zeit für mehr**

76 Bisher forderten vor allem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Flexibilität von ihren
77 Beschäftigten. Jetzt wird es Zeit, dass auch die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität
78 bekommen, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können. Dafür brauchen sie mehr
79 Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeiten
80 zwischen 30 und 40 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen
81 Arbeitszeitkorridor umgestalten. Damit können Frauen leichter als bisher ihre Beschäftigung
82 ausweiten und Männer können in Teilzeit gehen, ohne Karriereeinbrüche fürchten zu müssen.
83 Auch ein Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl muss endlich kommen. Für
84 Betriebsräte soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu
85 verhandeln. Zeitsouveränität darf nicht dazu führen, dass unbezahlte Mehrarbeit entsteht und
86 die Grenzen von Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen. Deshalb gehört ein
zeitgemäßer
87 Arbeitsschutz unbedingt dazu sowie ein wirksamer Beschäftigtendatenschutz. In den
88 Unternehmen ist Kreativität gefragt, damit die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt mit
89 den Bedürfnissen der Beschäftigten besser in Einklang gebracht werden. Immer mehr
90 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben dies bereits erkannt, sich von überholten Mustern
91 verabschiedet und innovative Konzepte für ihre Belegschaften entwickelt. Alle anderen wollen
92 wir davon noch überzeugen.

93 Das Leben lässt sich nicht immer planen. Manchmal wird die Pflege der Mutter wichtiger als
94 der Beruf, manchmal wird ein Kind krank. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das
95 Verhältnis zwischen Arbeit und den Wechselfällen des Lebens neu auszubalancieren. Grüne
96 Arbeitszeitpolitik will mehr Selbstbestimmung über die eigene (Arbeits-)Zeit ermöglichen.
97 Wir wollen anerkennen und unterstützen, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt.
Denn
98 die Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist keine private Aufgabe. Sie ist
99 gesellschaftlich wichtig und sie wird derzeit überwiegend von Frauen geleistet. Wer für
100 Pflegebedürftige Verantwortung übernimmt, für den schlagen wir eine dreimonatige Pflegezeit
101 Plus mit Lohnersatzleistung vor. Sie soll sich am Einkommen orientieren, wie es beim
102 Elterngeld der Fall ist.

103 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

104 _____

105 **Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen**

106 Alle Menschen haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, auch
107 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen, dass es für alle behinderten Menschen leichter wird,
108 Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Daher möchten wir die Ausgleichsabgabe
109 erhöhen: Wer in größeren Betrieben keine behinderten Menschen beschäftigt, soll finanziell
110 stärker dazu beitragen, dass behinderte Menschen anderswo Arbeit auf dem allgemeinen
111 Arbeitsmarkt finden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen aber auch schneller und
112 zuverlässiger unterstützt werden, wenn sie behinderte Menschen beschäftigen. Die
113 Schwerbehindertenvertretung, Expert*innen für die Teilhabe behinderter Menschen in
114 Unternehmen, möchten wir genau wie Werkstatträte stärken. Werkstätten dürfen Menschen
nicht
115 isolieren, sie sollen einen gerechten Lohn zahlen und auf den allgemeinen Arbeitsmarkt
116 vorbereiten.

117

118 **Flexible Vollzeit - Arbeitszeit freier gestalten**

119 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen mehr Mitspracherechte über das Wieviel, Wann
und

120 Wo ihrer Erwerbstätigkeit. Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30

121 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Stundenkorridors sollen Beschäftigte ihren

122 Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Um Beschäftigten wie Unternehmen
Planungssicherheit

123 zu geben, müssen dabei Ankündigungsfristen eingehalten werden. Nur dringende betriebliche

124 Gründe sollen die Anpassung der Stundenzahl verhindern können. Der bestehende
Rechtsanspruch

125 auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

126

127 **Mit einer Arbeitsversicherung Weiterbildung ermöglichen**

128 Wir investieren verstärkt in die Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten und

129 Arbeitslosen, um sie für Berufe mit Zukunft fit zu machen und damit ihre Jobchancen zu

130 verbessern. Dafür wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden

131 Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll für alle Beschäftigten und Selbständigen da

132 sein und sie absichern. Mit dieser grundsätzlichen Reform der Arbeitsförderung kann es

133 gelingen, Zugänge in Arbeit auch für die zu schaffen, die es heute besonders schwer haben:

134 Für Menschen mit Handicap, Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose, ältere

135 Beschäftigte und Flüchtlinge gibt es künftig passgenaue und individuelle

136 Integrationsstrategien.

137
